

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Genßprecher Nr. 55.

Genßprecher Nr. 55.

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Als Beilage das St. Quirinusblatt. Preis für den Monat 18. d. Mts. ein Schreiben gelangen lassen, in dem es heißt: Die Bayerische Volkspartei hat mich heute gebeten, mich neuerdings für die bevorstehende Kabinetsbildung als Ministerpräsident dem Landtag zur Wahl zu stellen. Für diesen Ausdruck des Vertrauens danke ich bestens. Unverbrüchlich halte ich an den Grundsätzen der Bayerischen Volkspartei fest. Als neu-gewählter Ministerpräsident wäre ich aber in der Zwangslage, mich nun auf den Boden des Beschlusses des ständigen Landtagsausschusses vom 11. d. Mts., der mich zum Rücktritt bestimmt hat, zu stellen. Ich könnte dies aber auch heute mit meiner grundsätzlichen Auffassung über das Verhältnis des Reiches zu den Einzelstaaten nicht vereinbaren. Aus diesem Grunde sehe ich mich leider nicht in der Lage, das vertrauensvolle Anerkennen der Bayerischen Volkspartei anzunehmen.

Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46.
Reichsbank-Giro-Konto. Postfach-Nr. 41800.



Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kauftüchtigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9gespaltene Zeile 1.25 Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.50 Mark, und für die 4gespaltene Reklamezeile 4.00 Mark. Anzeigen erbeten bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 216

Für die Schriftleitung verantwortlich:
Dr. Heinrich Staab.

Dienstag, 20. September 1921 (Eustachius)

Rotationsdruck und Verlag der
Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

48. Jahrgang

Neuestes in Kürze.

Dresden, 20. Sept. Bürgermeister Dr. Mahy, der am Samstag sein 25jähriges Jubiläum gefeiert hatte, erlitt am gestrigen Sonntag, als er mit seiner Frau einen Spaziergang machte, einen Herzschlag und war sofort tot.

Stettin, 20. Sept. Witterungsänderungen aus Stettin zufolge kam es hier am Sonntag aus Anlaß der Fahnenweihe des Vereins der ehemaligen Pioniere zu einem blutigen Zusammenstoß. Als die Mitglieder des Vereins vor dem Versammlungsort erschienen, wurden sie von einer dort angelassenen Menge belästigt und zum Teil mißhandelt. Ein alter Veteran wurde mit einem Messer bedroht, jedoch er im Krankenträger weggeschafft werden mußte. Herbeigeeilte Polizisten zerstreuten die Menge.

Wien, 19. Sept. Am 16. September ist aus Wien der Hofzug Kaiser Karls in Raibach eingetroffen und nach Belgrad weitergeleitet worden. Die Interalliierte Kommission hat König Alexander von Serbien den Hofzug als Eigentum ausgedroht.

Paris, 19. Sept. Briand hat den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Textilindustrie von Roubaix und Turcoing vorgeschlagen, einen Schiedsspruch des Arbeitsministers anzunehmen. Die Antworten auf diesen Vorschlag sind bisher nicht eingegangen.

Paris, 19. Sept. In dem französischen Parlament Corraze ist in der Nacht zum Sonntag eine Hebereschwemmung eingetreten. Die Corraze trat über ihre Ufer, überschwemmte das Tal und riss Brücken und Wägen mit sich fort. In der Delftstraße waren die Straßen in Gießbäche verwandelt. Ein Haus stürzte ein. In Aubagne wurden drei Fabrikarbeiter von den Fluten fortgerissen und verschluckt.

Wiesbaden, 19. Sept. Durch eine Gasexplosion in den Bergwerken von Mount Wollan bei Warrumbungle (Nordwestland) wurden 70 Bergleute verätzt. Man befürchtet, daß sie alle tot sind.

Sozialdemokratie und deutsche Volkspartei.

Stettin, 19. Sept. Auf dem sozialistischen Parteitag hielt der Abg. Scheidemann, dessen frühere ablehnende Haltung gegenüber einer Koalitionsbildung der Mehrheitssozialdemokratie mit der deutschen Volkspartei bekannt und dessen Stellung bis zum Parteitag noch ungeklärt geblieben ist, eine vielbesprochene Rede. Er führte u. a. aus: Es darf nicht gesagt werden, wir gehen unter keinen Umständen mit dieser oder jener Partei zusammen in einer Regierung. Zur Zeit, als die Parole ausgegeben wurde, nicht mit der deutschen Volkspartei, war dieses zweifellos absolut richtig. Wir müssen bei jeder Regierungsbildung ein bestimmtes Mindestprogramm aufstellen. Parteien, die bereit sind, ein solches Programm anzunehmen und bestimmte Ministerien uns zu überlassen, können meines Erachtens nicht dauernd von der Teilnahme an der Regierung zurückgewiesen werden. Wir beachten, daß bei einer jeden Koalitionsregierung, daß es sich nicht um eine Gesinnungsgemeinschaft, sondern um eine Arbeitsgemeinschaft handelt. Solange wir eine sozialistische Regierung nicht bilden können, so lange müssen wir uns auf Koalitionsregierungen einrichten.

Der Umbau der Länder.

Der Reichsminister des Innern und die Reichstagsfraktionen haben bekanntlich Verhandlungen geführt über den Vorschlag des Artikels 18 der Reichsverfassung. Sozialdemokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Demokraten und Deutschnationale haben nun antwortend erklärt, mit Rücksicht auf die außenpolitische Lage Bestrebungen zur Herbeiführung von Abstimungen über die Abtrennung größerer Gebietsteile von einzelnen Ländern auf mindestens ein Jahr unterlassen zu wollen. Der bayerischen Volkspartei ging diese Erklärung zu weit. Die Deutsch-Hannoversche Partei hat ihren Standpunkt dahin mitgeteilt: Die Partei lehnt eine zeitlich befristete Verabschiedung der Abstimung ab. Sie wird aber eine Abstimung im Lande Hannover so lange nicht herbeiführen, wie die Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens nicht gefällt ist. Getreu ihren Traditionen macht sie die deutschen Interessen zur Richtschnur ihres Handelns.

Räder Links-Terror.

Berlin, 19. Sept. Die Arbeitervereine von Bernau und Umgebung hatten für gestern eine Zusammenkunft in Bernau geplant, die jedoch nach Wilmersdorf bei Bernau verlegt wurde, da man von sozialistischen Störungsvorfällen Kenntnis erhielt. Als sich am Nachmittag die Sozialisten vor dem ursprünglichen Festlokal in Bernau einfanden, sahen sie, daß dort keine Feier stattfand. Der

Kahr lehnt die Wiederwahl ab.

Verhandlungen mit dem Reich.

Ein Schreiben an die Bayerische Volkspartei.

München, 19. Sept. Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Ministerpräsident Dr. v. Kahr hat an den Landesausschuß der Bayerischen Volkspartei aus Verdrüßung unter dem 18. d. Mts. ein Schreiben gelangen lassen, in dem es heißt: Die Bayerische Volkspartei hat mich heute gebeten, mich neuerdings für die bevorstehende Kabinetsbildung als Ministerpräsident dem Landtag zur Wahl zu stellen. Für diesen Ausdruck des Vertrauens danke ich bestens. Unverbrüchlich halte ich an den Grundsätzen der Bayerischen Volkspartei fest. Als neu-gewählter Ministerpräsident wäre ich aber in der Zwangslage, mich nun auf den Boden des Beschlusses des ständigen Landtagsausschusses vom 11. d. Mts., der mich zum Rücktritt bestimmt hat, zu stellen. Ich könnte dies aber auch heute mit meiner grundsätzlichen Auffassung über das Verhältnis des Reiches zu den Einzelstaaten nicht vereinbaren. Aus diesem Grunde sehe ich mich leider nicht in der Lage, das vertrauensvolle Anerkennen der Bayerischen Volkspartei anzunehmen.

Wenn die Bayerische Volkspartei nunmehr als Ministerpräsidenten vorschlagen wird, steht im Augenblick noch nicht fest. Es werden bereits Namen genannt. Im Landtagsgebäude ist heute der erweiterte Landesausschuß der Bayerischen Volkspartei zusammengetreten, der sich mit der Frage der Neubildung der Regierung befaßt hat. In der Sitzung des ständigen Landtagsausschusses am 11. d. Mts., der mich zum Rücktritt bestimmt hat, zu stellen. Ich könnte dies aber auch heute mit meiner grundsätzlichen Auffassung über das Verhältnis des Reiches zu den Einzelstaaten nicht vereinbaren. Aus diesem Grunde sehe ich mich leider nicht in der Lage, das vertrauensvolle Anerkennen der Bayerischen Volkspartei anzunehmen.

Die christlichen Gewerkschaften Bayerns. München, 20. Sept. Die christlichen Gewerkschaften haben zur Regierungsbildung eine Kundgebung erlassen, in der es heißt: „Die bevorstehende Wahl des Ministerpräsidenten durch den Landtag veranlaßt die Münchener Post zu der Dohung, die Münchener Arbeiterschaft würde eine Regierung Kahr zugabegab sich darauf unter Abhängen revolutionärer Räder nach dem neuen Wilmersdorf, das mit schwarz-weiß-roten Fahnen geschmückt war, und rief die Fahnen herab. Die Menge griff das Gashaus, in dem die Feier stattfand, mit einem Steinwurf an. In dem entzündeten Handgemenge fielen zwei Schiffe, die jedoch niemand verletzte. Die Demonstranten zerstreuten in blinder Wut Lische, Stühle, Schränke, Türen. Danach zogen sie auf den Marktplatz, wo Versammlungen, sowie Kaffeehäuser, Schlachtereien, Flaggen und Wimpel unter dem Jubel der rührend Menge verbrannt wurden. Die Kapelle der Kriegervereine wurde gezeugt, die Demonstranten nach Bernau zu begleiten und sozialistische Räder zu spielen. Ein am Wege stehendes Arbeiterdenkmal wurde völlig demoliert. Die Polizei griff nicht ein, da sie der Uebermacht nicht gewachsen war.

Eine Atempause?

Berlin, 19. Sept. Wie verlautet, steht ein neuer Besuch der interalliierten Garantiekommision in Berlin unmittelbar bevor. Die Kommission wird voraussichtlich noch im Laufe dieser Woche von Paris nach Berlin kommen, um hier verschiedene Besprechungen mit dem hiesigen Vertreter der Reparationskommission abzuhalten.

Die „Nationalzeitung“ meldet dazu: In gutunterrichteten Kreisen wird diesem Besuch große Bedeutung beigemessen. Es soll versucht werden, die Kontrollorganisation in Tätigkeit zu setzen. Bei den Reparationszahlungen steht die Kommission einer Abänderung der Zahlungsmodalitäten prinzipiell nicht ablehnend gegenüber. Die Kommission ist aber die wirtschaftlichen Verhältnisse genau unterrichtet und die Berliner Vertreter der Kommission haben auch auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die durch die Zahlungsmodalitäten verursacht wurden. Man spricht von einer Atempause, die für Deutschland dringender notwendig ist, gerade in diesem Augenblick, wo das Anleihenangebot der deutschen Industrie- und Finanzwelt einen neuerlichen Beweis für den ehrlichen Erfüllungswillen des deutschen Volkes ablegt.

Zum Mord an Erzberger.

Frankfurt a. M., 19. Sept. Nach der A. V. wurde unter dem Verdacht der Mitwisserschaft an der Ermordung Erzbergers heute vormittag der Leutnant A. D. Wilhelm Heinz hier verhaftet und der Staatsanwaltschaft in Offenbach zugeführt.

nicht mehr bulden. Das ist der glatte Versuch, den Landtag bei der Wahl des Ministerpräsidenten unter den Druck der Straße zu stellen. Die Vertrauensleute der christlichen Arbeiterschaft Münchens haben erst vor wenigen Tagen erklärt, daß sie jedem Versuch, die Verfassung gewaltsam zu ändern, entschieden Widerstand entgegenzusetzen werden. Weist deshalb den Streiksanatimen die Tür!

Der Bericht Weismanns.

Berlin, 19. Sept. Der preussische Staatskommissar Dr. Weismann hat einen Bericht über die Vorgänge in Bayern, die den vom Reichskanzler im Beobachtungsausschuß verlesenen Bericht veranlassen, festgestellt und dem preussischen Staatsministerium übergeben. Der Bericht ist vom preussischen Staatsminister an die bayerische Regierung weitergeleitet worden, die darum gebeten hatte. Damit wäre der ordnungsmäßige Weg zur Verwertung beschritten und ein Fehler des Staatskommissars und der Reichsregierung wiedergutgemacht, der unnötige Schwierigkeiten in das Verhältnis zu Bayern hineingetragen hat.

Die Verhandlungen wieder aufgenommen.

Berlin, 20. Sept. Aus Parlamentarischen Kreisen ist das Verl. Tageblatt, daß Mitte voriger Woche mehrere maßgebende Mitglieder des bayerischen Landtages in Berlin eintrafen, um die unterbrochenen Verhandlungen inoffiziell wieder aufzunehmen. In einer Besprechung mit dem Reichskanzler wurde die Verordnung des Reichspräsidenten sowie die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern erörtert. Der Reichskanzler betonte nochmals, daß die bayerischen Gegenansprüche in ihrer jetzigen Form eine Ausschaltung des Reiches bedeuten und deshalb als nicht annehmbar erscheinen, andererseits erklärte der Reichskanzler seine Bereitschaft, neue Vorschläge Bayerns zu erörtern. Die bayerische Abordnung hat daraufhin im Sonberzuge Berlin verlassen.

Eisenbahnunglück.

Drontheim, 19. Sept. Ein Sonderzug, der Teilnehmer an einer Festlichkeit bei der Eröffnung der Drontheim-Holmboe-Brücke, stieß aus unbekannten Ursachen am Ende des Rindarvik-Tunnels mit dem fahrgastreichen Zuge zusammen. Die beiden ersten Waggons des Sonderzuges wurden zertrümmert. Es wurden sechs Personen getötet. Außerdem wurden viele Personen verwundet.

Verurteilung wegen Hochverrats.

München, 20. Sept. Das Volksgericht verurteilte den Landtagsabg. Fischer (München), der in einer Versammlung der unabhängigen Sozialdemokratie die angeblich bevorstehende Ausrufung der Republik Franken angekündigt hatte, auf Grund des Hochverratsparagrafen zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis.

Zum Tode verurteilt.

Reuthe, 19. Sept. Vom Schwurgericht wurde heute der Wendenröder Alois Koppel aus Lipine wegen Mordes an einem Polizeiwachmeister und wegen verübten Mordanschlags an zwei Polizeiwachmeistern zum Tode und zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Kleinasiën.

Konstantinopel, 19. Sept. Nach den letzten Nachrichten von der Front wurde die Stadt Sivrihisar von den Türken nach erbittertem Widerstand der Griechen genommen. Die Griechen zogen sich zurück und lassen viele Gefangene, Geschütze und Munition im Stiche. Es heißt, daß sie eine Verteidigungsstellung vorbereiten. Die griechischen Verluste sind sehr groß.

Die französische Volkstraft.

Paris, 19. Sept. Wie Kolonialminister Sarraut dem Mitarbeiter des „Intransigeant“ erklärt, wird Frankreich in allerhöchster Zeit die Militärpflicht herabsetzen können und zwar dank seiner Kolonien, durch die Frankreich eine neue Militärorganisation erhält, die auf einer Eingeborenen-Armee von 300 000 Mann begründet sein werde.

Irland.

London, 19. Sept. Neue Unruhen ereigneten sich in Belfast. Es kam zu mehrstündigen Schießereien zwischen Republikanern und Protestanten. Die Polizei mußte ein Wachenengpfer in Tätigkeit treten lassen. Ein Wache wurde getötet, zwei andere Personen verwundet.

Ein sozialistischer Angriff auf die christliche Caritas.

(Eine notwendige Abwehr.)

Von Runo Joerges.

Generalsekretär im Deutschen Caritasverband.

In der sozialistischen Presse kann man gegenwärtig einen Artikel lesen: „Caritas oder Wohlfahrtspflege“, der auf die Reichsfrauentagung in Götting vorbereiten soll, die sich in der Hauptfrage mit Wohlfahrtsarbeit befassen will. In dem Artikel heißt es:

„Bis in unsere Tage hinein haben die zum Teil konfessionell zusammengefügten Vereine in caritativem Sinne Wohltätigkeit, und es muß anerkannt werden, daß all diese Vereine sehr viel Gutes geleistet haben. Die Caritas sehr viel von einem andern Grundsatz aus als die Wohlfahrtspflege. Sie ist bestrebt, bestehende Not zu lindern. Sie erweist Wohlthaten und zwar solchen Menschen, die dafür Dankbarkeit erzeigen müssen, die in Unselbstständigkeit gehalten werden und die in gewissem Sinne abhängig werden von sie betreuenden Vereinen, indem sie deren Grundsätze sich aneignen. Wohlthaten können in einem Staate erwiesen werden, in dem es abhängige Untertanen gibt. Wohlfahrtspflege setzt freie Staatsbürger voraus.“

In der zweiten Hälfte des Artikels wird erklärt: „Auch die Jugendfürsorge ist durch das neue Jugendfürsorgegesetz aus den Händen der Caritas in die der Wohlfahrtspflege gekommen. Sie wird nicht mehr durch konfessionelle Vereine ausgeübt.“

Während der Artikel sonst manches Richtige enthält, muß gegen die genannten Stellen, welche eine scharfe Spitze gegen die christliche Caritas haben, entschieden Verwahrung eingelegt werden. Es ist eine völlige Verfälschung der Tatsachen, wenn behauptet wird, die christliche Caritas stelle nicht auch die vorbeugenden Aufgaben der Wohlfahrtspflege in ihr Programm ein. Die caritativen Vereine sind vielmehr auf den verschiedensten Gebieten vorbeugend tätig; es sei nur erinnert an die Kleinkinderfürsorge, an die Unterbringung von gesundheitlich gefährdeten Kindern in Erholungsheimen und ländlichen Familien, um die drohende Erkrankung an Tuberkulose oder Malaria nicht zum Ausbruch kommen zu lassen, an die Fürsorge für gefährdete Jugendliche, die aus den schlechtesten Einflüssen ihrer Umgebung herausgenommen und unter erzieherisch günstigen Einflüssen gestellt werden. Und ist es ferner nicht vorbeugende Fürsorge, wenn durch den Kampf gegen die Schädigungen des Alkohols und zahlreiche Notzustände und Krankheiten bereits an der Quelle, aus der sie stets von neuem sich ergießen, erfaßt werden? Ist es nicht vorbeugende Fürsorge, wenn in verhältnismäßig voller Weise für Wöchnerinnen und Säuglinge gesorgt wird, wenn die christliche Caritas ankämpft gegen die Schmutzflut der Unsauberkeit, die sich in zahlreichen Strömen über das im Unglück darniederliegende deutsche Volk ergießt und es in den Abgrund der Prostitution, der Geschlechtskrankheiten und der völligen sittlichen Verwilderung zu reißen sucht? Muß man es nicht vorbeugend nennen, wenn kinderreichen Familien eine gesunde Wohnung beschafft wird, damit die jungen Wendenbürger kräftig und gesund an Leib und Seele heranwachsen können? Ist es nicht ferner eine in hohem Maße vorbeugende Tätigkeit, wenn den Auswanderern schon vor ihrer Abreise Rat und Auskunft über die von ihnen ererbten Gegenden gewährt wird, um sie vor Schaben und Enttäuschung zu bewahren? Es liegen sich auf diese Weise noch zahllose weitere Fälle anführen, in denen die christliche Caritas in zielbewusster Weise vorbeugend wirkt. Es ist daher völlig unverständlich, einen künstlichen Gegensatz zwischen Wohlfahrtspflege und Caritas zu schaffen.

Noch weit unrichtiger ist es aber, wenn erklärt wird, daß diejenigen, denen der Segen echt christlicher Bruderliebe zuteil wird, in Unselbstständigkeit gehalten würden, und daß daher die Caritas nur für abhängige Untertanen, nicht aber für freie Staatsbürger in Betracht komme. Gibt es eine höhere Würde als die, welche die christliche Caritas allen Notleidenden, auch den Kerkern und Unheimlichen zuerkennt? Wer wüßte nicht, daß jeder echte Caritasjüngling und jede aus christlichem Geiste heraus wirkende Caritasjünglerin im notleidenden Mitbürger, in der hilfsbedürftigen Mitbürgerin, erblickt. Wird eine Witwe dadurch in ihrer Selbstständigkeit bedroht, daß ihr in der durch Geldmangel und Teuerung verursachten Not stillschweigend und verborgen die nötige Hilfe gebracht wird, ohne daß sie genötigt ist, die

öffentliche Armenfürsorge anzuwenden? Ist es eine Verabreichung der Selbstständigkeit, wenn einem begabten jungen Manne aus armer Familie durch caritative Zuwendungen eine höhere Ausbildung ermöglicht wird? Wird ein Mädchen nicht innerlich freier und von äußeren Einflüssen unabhängiger, wenn es den Klauen eines unünftlichen Anhangs entzogen und wieder einem arbeitsamen glücklichen Leben zurückgegeben wird? Und wer wagt nicht, daß die Abhängigkeit von einem öffentlichen Unterstützungsamt meist weit unangenehmer empfunden wird, als die eines verachteten Armen unauffällig gebotene caritative Hilfe?

Was schließlich die Behauptung anbetrifft, die Jugendfürsorge sei durch das neue Jugendfürsorgegesetz den Händen der Caritas entzogen und würde nicht mehr durch konfessionelle Vereine ausgeübt, so beruht dies auf einem beträchtlichen Irrtum. Es ist zwar ein Reichsjugendwohlfahrtsgesetz in Vorbereitung, dessen Entwurf aber von der freien Wohlfahrtspflege in mannigfacher Hinsicht beeinflusst wurde, und keineswegs die Mitarbeit der konfessionellen Vereine ausschließen soll. Lieberdies ist der Gesetzentwurf noch nicht angenommen, was durch derartige Angriffe auch kaum beschleunigt werden dürfte. Auf jeden Fall kann es als völlig sicher gelten, daß die konfessionellen Vereine nicht aus dem Bereich der Jugendfürsorge verdrängt werden, für die sie auf Grund ihrer selbstständigen Weltanschauung in ganz besonderer Weise geeignet sind. Es wird niemandem gelingen, den Beweis zu führen, daß eine rein diesseitige Lebensauffassung größere Erfolge in der Jugendfürsorge erhoffen läßt, als die erhabenen Wahrheiten und wirksamen Kräftequellen der christlichen Religion.

Nur auf tiefste muß man daher bedauern, daß die sozialistische Presse sich in einen Gegensatz stellt zur caritativen Arbeit. Kein Gebiet menschlichen Wirkens wäre geeigneter, verständnisvoll auf die Klassen-gegensätze und auf die inneren Zwistigkeiten des deutschen Volkes einzuwirken, als die von wahrer Bruderliebe getragene caritative Arbeit. Sie sollte daher am wenigsten in den politischen Streit hineingezogen werden, wie es leider von sozialistischer Seite immer wieder von neuem versucht wird. Für alle aber, die auf christlichem Boden stehen, muß die Wiederholung von Angriffen auf die christliche Caritas eine ernste Mahnung sein, vor allen Wittern und Parteilichkeiten, die dem Wesensgehalt des Christentums, der christlichen Nächstenliebe, gegenüber eine solche feindselige Stellung einnehmen, allzeit auf der Hut zu sein.

Franszösische Erkenntnis.

Die „Journées Industrielle“ veröffentlicht unter dem Titel „Gründungsverein Wirtschaftskommunikation zwischen Frankreich und Deutschland“ Ausführungen des französischen Bergingenieurs Besenre, der von einer Reise nach Berlin und einigen deutschen Industriezentren zurückgekehrt ist.

Besenre stellt fest, daß Deutschland dem Bankrott entgegensteht. Er verweist auf die von manchen Franzosen empfohlene Vorsehung des Ruhrgebietes, ebenso den Plan wirtschaftlicher Vergeltungsmaßnahmen. Nach seiner Ansicht gibt es für Frankreich nur ein Mittel, etwas von dem Verfall zu retten: eine Kompromißverhandlung mit Deutschland. Nach seiner Überzeugung wird Frankreich nichts übrig bleiben, als sich mit deutschen Sachleistungen zu begnügen, falls Deutschland in einigen Wochen, von England und Italien unterstützt, erklären sollte, es sei außerstande, weiterhin Zahlungen in Goldmark zu leisten. Die französische Industrie werde durch die deutschen Lieferungen geschädigt werden, wenn nicht rechtzeitig dafür gesorgt wird, daß sie Kompensationen auf ausländischen Absatzmärkten erhält.

Eine baldige Katastrophe könne nur verhindert werden, wenn die französischen

Industriezweige, die für die Ausfuhr nach Deutschland und dem sonstigen Ausland in Frage kommen, sich zusammen schließen und mit den entsprechenden deutschen Industriegruppen zur Schaffung gemeinsamer Ausfuhrkontore in Verbindung treten.

Besenre erklärt zum Schluß, eine deutsch-französische Wirtschaftsverständigung wäre das sicherste Mittel zum schleunigen Wiederaufbau Frankreichs und zur Interessierung Deutschlands an der Fortdauer des Friedens.

„Ein derartiges Abkommen“ — so schreibt er zum Schluß wörtlich, „wird denen nicht gefallen, die ihren Wohlstand auf die deutsch-französischen Mißbilligkeiten günden. Aber es wird die Konsequenz ihrer Politik sein. Das verwundete Frankreich hat bei ihnen nicht den Beistand gefunden, den sie ihm schuldeten. Es muß sich nach andern Richtungen wenden, wenn es nicht bloß vegetieren will. Sie haben es so gewollt.“

Die Deutschen Tschechien.

Als Präsident Masaryk seine Reise durch die Republik antwortet, haben die deutschen Parteien Mährens, denen sich nun auch die deutschen und ungarischen Parteien der Slowakei angeschlossen haben, erklärt, sie würden sich von einem Empfang des Präsidenten fernhalten, weil das Programm der Reise ausschließlich die Befestigung tschechischer Anstalten vorsehe.

Die deutschbürgerliche Partei Mährens begründet diesen Entschluß ausführlich in einem offenen Schreiben an den Präsidenten der Republik, worin es u. a. heißt: „Als Sie zum Präsidenten der Republik gewählt wurden, gaben Sie den Deutschen die Hoffnung, daß das ohne seine Zustimmung und gegen das Selbstbestimmungsrecht in den neuen Staat aufgenommene deutsche Volk sein volles Recht erhalten werde. Das gerade Gegenteil von dem, was den Deutschen versprochen wurde, ist in diesem Staat zur Tat geworden.“

Um die Landeshauptstadt Brünn ihres jahrhundertalten deutschen Gepräges zu berauben, wurden ihr tschechische Ortschaften angegliedert, die kilometerweit von ihr entfernt liegen und noch heute schwer zu erreichen sind. Alle deutschen Volksschulen wurden gewalttätig unterdrückt, die Straßentafeln in tschechischer Sprache angebracht, die Kulturdenkmäler zerstört und deutsche Beamte ohne Angabe von Gründen entlassen. Sie werden, Herr Präsident, nach dieser Schilderung unsern Fernbleiben von den Ihnen zu Ehren veranstalteten Festlichkeiten um so sicherer begreifen, wenn Sie sich vergegenwärtigen, wie den Worten Rechnung getragen worden ist, die Sie selbst im Juli 1919 gesprochen haben, nämlich, daß Sie für Ihre Verlon sich dafür einsetzen, daß die Deutschen alle Rechte erhalten und ihnen keines verweigert wird, von einer Unterdrückung könne, dürfte und solle keine Rede sein.“

Für die schwarz-weiß-rote Handelsflagge.

Gef. Rat Cuno hat an den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: „In den letzten Tagen ist mir eine überwältigende Fülle von Kundgebungen deutscher Vereine in Südamerika zur Frage der Erhaltung der schwarz-weiß-rotten Handelsflagge zugegangen (Zusammenstellung anbei). Ich glaube, daß es gerade in diesen Tagen, wo unter den Folgen des letzten innerpolitischen Unfalls auch die Erhaltung der schwarz-weiß-rotten Handelsflagge zur Parteiangelegenheit gemacht wird, wichtig ist, ein solches Verlangen von Auslandsdeutschen, die die Flagge und die wirtschaftlichen Erfordernisse aufkommen zu erhalten und zu würdigen. Die alte deutsche Handelsflagge ist nie für uns, so für diejenigen, die fern der Heimat dem Wiederaufbau von deutschen überseeischen Beziehungen dienen, zum Symbol ihres Vaterlandes und ihrer Liebe zum Vaterland geworden, und wir in der Heimat müssen uns anschließen, dieses Symbol wieder zu errichten.“

Kosreibung des Memellandes.

Königsberger Blätter verzeichnen das Gerücht, der frühere preussische Landtagsabgeord-

nete und jetzige litauische Großkapitator Dr. Gafagat werde von der französischen Besatzungsbehörde in das Memeler Landesdirektorium berufen werden. Dr. Gafagat befindet sich nach derselben Quelle bereits seit acht Tagen in Kovno, um, im Auftrag der Memeler „Lithua“ (d. h. der von Kovno bezahlten litauischen Vertretung in Memel) über die Uebergabe des Memellandes an Litauen zu verhandeln.

Sollte sich die Nachricht von der Berufung Gafagats in eine führende Stelle der Memeler Landesverwaltung bewahrheiten, so würde das in der Tat ein großes Schlaglicht auf die Memel-Politik werfen, die die Franzosen neuerdings betreiben. Saarland, Oberschlesien, Danzig, Posen, Memel — überall offene und verdeckte französische Anschläge auf die Unverletzlichkeit deutscher Gebiete.

Die Pfarrgehälter.

In Kreisen der katholischen Geistlichkeit wird von Aufsehen erregend die Ansicht zu verbreiten gesucht, als ob die Vergrößerung in der Auszahlung der nach dem Gesetz vom 17. Dezember 1920 fälligen Staatsleistungen durch die bischöflichen Behörden verschuldet sei. Demgegenüber können wir nach Einsicht in die Akten der Staats- und Kirchenbehörden feststellen, daß bei den bischöflichen Behörden mit allen Kräften gearbeitet wurde und wird, um die sofortige Auszahlung zu ermöglichen. Vorschläge zur Höhe des Grundgehaltes dürften wohl überall bereits erfolgt sein. Auszahlung von Orts- und Ausgleichszulagen dagegen ist, soweit die Pfarrgemeinden selbst sie nicht geleistet haben, bis jetzt noch nicht geschehen, weil die von den bischöflichen Behörden des Reichs Preußen gemeinsam beschlossene Befolgsordnung noch nicht die staatliche Bestätigung erhalten hat.

Bereits drei Monate wartet die Befolgsordnung in den Akten der preussischen Regierung auf ihre Bestätigung. Es wird Aufgabe der Abgeordneten sein, die Staatsmachtmacht wegen dieses auffälligen Verzuges zu unterbreiten. Wenn die katholische Geistlichkeit bisher nur in geringem Maße die Pflicht in der Selbstlosigkeit genommen hat, so folgt daraus nicht, daß dieselbe nicht große Not leide. Um so unerwarteter ist die Vergrößerung der staatlichen Befolgsordnung der Befolgsordnung sowie der Auszahlung der Gehältern an leistungsfähige Gemeindevorstände.

In gleicher, ja noch größerer Not befinden sich die Geistlichen im Ruhrgebiet. Auch für diese kann nach dem Gesetz vom 17. Dezember 1920 Hilfe geschaffen werden. Die diesjährige Fuldener Bischofskonferenz hat eine für alle preussischen Diözesen geltende Befolgsordnung beschlossen und der Staatsregierung zur Bestätigung vorgelegt. Öffentlich läßt dieselbe nicht so lange auf sich warten wie die Befolgsordnung der Befolgsordnung.

Revolverpolitik.

Lüdenscheid, 19. Sept. Während der gestrigen Versammlung der deutschen Volkspartei in der Schützenhalle, in welcher Abg. Dr. Stresemann über die Politik der Mitte referierte, wurde durch ein Fenster ein Revolverversuch abgegeben. Stresemann hatte gerade seinen Platz auf der Rednerbühne dem Abg. Hugo überlassen. Es wurde niemand getroffen.

Das alte Lied.

Frankfurt, 19. Sept. Das „Journal“ meldet, daß in der Frage der Auslieferung der wirtschaftlichen Sanktionen bis gestern ein sehr scharfer Gegensatz zwischen Frankreich und England bestanden hätte, der zu einem neuen diplomatischen Konflikt zu führen drohte. Erst gestern sei es zu einer Verständigung gekommen, derart, daß England seine Bedenken gegen die weitere Aufrechterhaltung der Sanktionen aufgegeben und die Berechtigung des französischen Standpunktes anerkannt habe. In diesem Zusammenhang mag die Tatsache nicht ganz uninteressant sein, daß sowohl Lloyd George als Lord Curzon zur Zeit von London abwesend sind.

Die Männer hatten sich um ein päpstliches Feuer gelagert. Der Herzog war längst des Schlammers in die Arme gesunken und vergaß vielleicht in seinen Träumen, daß er ein Herzogtum verloren habe; auch der alte Herr von Vichienstein schlief, und Marx Stumpf von Schweinsberg hatte seine mächtigen Arme auf die Knie gestützt, sein Gesicht in die Hände verborgen, und man war ungewiss, ob er schlafte oder, in Rummel verfallen, über das Schicksal des Herzogs nachdachte, das sich mit einem Schlag so furchtbar gewendet hatte. Georg von Stumpf besaß die Macht des Schlammers, der sich immer wieder über ihn lagern wollte; er war der jüngste unter allen und hatte freiwillig in dieser Nacht die Wache übernommen. Neben ihm saß Hans, der Pfleger von Gerd; er sah ungewohnt ins Feuer, und seine Gedanken schienen sich in einem Rädchen zu drehen, dessen melancholische Weise er mit leiser, unterdrückter Stimme vor sich hin sang. Wenn das Feuer heller aufblühte, schaute er mit einem trübten Blick nach dem Herzog, und wenn er sah, daß jener noch immer schlief, versank er wieder in den flüsternden, traurigen Gesang.

„Du singst eine traurige Weise, Hans!“ unterbrach ihn Georg, den die melancholische Weise dieses Liedes unheimlich anregte; „es tönt wie Totengesang und Sterbelieder, ich kann es nicht ohne Schauern hören.“

„Wir können alle Tage sterben,“ sagte der Spielmann, indem er düster in die Flamme blickte; „drum sing' ich gerne ein solches Lied, es ist mir, als könnte ich mit solchen Gedanken würdiger sterben.“

„Wie kommst du auf einmal zu diesen Todesgedanken, Hans? Du warst doch sonst ein frohlicher Burche zur Herkulei, und deine Zither tönte auf mancher Kirchweih. Da hast du gewiß keine Totenlieder gesungen.“

„Meine Freude ist aus,“ erwiderte er und wies auf den Herzog; „all meine Mühe, all meine Sorge war vergebens; es ist aus mit dem Herrn,

So geht es immer: die geschicktere englische Diplomatie nutzt die durch französische Racheinstincte geschaffene Gelegenheit, erst Bedenken zu haben, weiblich aus. Rechten Endes zieht man immer am gleichen Strang, wenns Deutschland betrifft.“

Die Ruhrarmee.

Berlin, 19. Sept. Die französische Regierung hat der deutschen Regierung am 17. September folgende Note überreicht:

„Die französische Regierung hat die Zurückverlegung der im Mai dieses Jahres in die besetzten Gebiete gelangten Truppen nach Frankreich beschloßen. Diese Truppenverlegung soll am 15. September beginnen und vor dem Ende dieses Monats beendet sein. Es handelt sich nicht um eine mit der Aufhebung der Sanktionen zusammenhängende Maßnahme, sondern lediglich um die Zurückverlegung der sog. Ruhrarmee, die seinerzeit das Ruhrgebiet besetzen sollte.“

Brüderlich vereint

im Kampf gegen das deutsche Vaterland.

Speier, 19. Sept. Es bestätigt sich, daß der Kommunistenführer Anton Wilhelm, einer der Rädelsführer bei dem Widerstand auf das Regierungsgebäude, sich zur Zeit in Frankreich befindet. Wilhelm, für den die Besatzungsbehörde nach seiner Freilassung aus der Unterwerfung Sanktionen verhängte, reiste in Begleitung zweier französischer Offiziere zunächst nach Koblenz und von dort in das jetzt Gebiet Nordfrankreichs, wo er einen Posten beim Wiederaufbau erhalten soll.

Rudolfsheim, 19. Sept. Siderem Vernehmen nach beschließen die pfälzische Abgeordnete nach dem Wiedereintritt des Reichstages eine Interpellation wegen der Speyer Vorgänge am 31. August und am 7. September einzubringen. Auch der bayerische Landtag wird sich aller Voraussicht nach mit den Vorgängen befassen.

Aus der Pfalz, 19. Sept. In Neustadt (Hardt) werden von der Reichsvermögensverwaltung Berlin 33 Wohnungen für französische Offiziere zu 3-5 Zimmern mit Zubehör in vier Häuserblocks mit einem Kostenaufwand von 7 Millionen Mark erbaut. Außerdem ist der Bau von weiteren Offizierswohnungen geplant. Für französische Unteroffiziere sind zur Zeit Doppelhäuser mit zusammen 24 Wohnungen im Bau. (Wohnungsnot.)

Unfall auf dem Oktoberfest.

München, 19. Sept. Am gestrigen ersten Tage des Münchner Oktoberfestes auf der Theresienwiese hat sich ein schweres Unglück ereignet. Gegen 4 Uhr nachmittags gab das überfüllte Plateau, eine sogenannte Rutschbahn, plötzlich nach und brach in sich zusammen. Ein Teil der auf dem Plateau stehenden Personen fiel auf die darunter befindliche Erde. Scharfste Schreckensrufe erklangen. Das Unglück forderte eine große Anzahl Opfer. Man spricht von zwei Toten und 30 Verwundeten. Die diesjährige Fuldener Bischofskonferenz hat eine für alle preussischen Diözesen geltende Befolgsordnung beschlossen und der Staatsregierung zur Bestätigung vorgelegt. Öffentlich läßt dieselbe nicht so lange auf sich warten wie die Befolgsordnung der Befolgsordnung.

Religion ist Privatsache.

„Der süddeutsche katholische Gesandte“ überschreibt die unabhängig-sozialistische „Wisszeitung“, Düsseldorf, einen Artikel zur Lage in Bayern, in welchem sie sich folgende Gemeinheiten gegen die Katholiken leistet:

„Rohr — Böhrer — Gortch gebären zusammen. Ihre Hände sind alle gleich blutig, aber sicher würde das keine Papst hindern, diesem Gortch den Segen zu erteilen und ihm die eigenen Schäflein und Schafe als Opferlamme zuzuteilen. Niedriger hängen!“

Unser Seehandel.

Hamburg, 17. Sept. Wie schon mitgeteilt, beginnt der Norddeutsche Lloyd einen eigenen Dienst nach Südamerika. Wie wir erfahren, tritt der Dampfer „Seidlich“ am 3. November von Bremen seine Reise nach Buenos Aires und Rio de Janeiro an. Der Dampfer geht über Coruna, Villa Garcia, Vigo nach Rio und Buenos Aires, während der Rückweg von Südamerika über Vigo nach Bremen führt.

und ich — ich bin kein Schatte; ach mit mir ist's aus; hätte ich nicht Frau und Kind, ich möchte heute noch sterben.“

„Woh! warst du immer ein getreuer Schatte,“ sagte der junge Mann gerührt, „und oft habe ich deine Treue bewundert; höre, Hans! wir sehen uns vielleicht lange nicht mehr. Jetzt haben wir Zeit zu schwätzen, erzähle mir, was dich so ausschließlich mit uns angeht, an den Herzog knüpfst, wenn es etwas ist, das du erzählen kannst.“

Er schäufte einige Augenblicke und schürte das Feuer zuweilen; ein unruhiges Feuer blühte in seinen Augen, und Georg war ungewiss, ob es die Flamme oder eine innere Bewegung sei, was seine ausdrucksvollen Züge mit wechselnden Mäßen überzog. „Das hat seine eigene Bedeutung,“ sagte er endlich, „und ich spreche nicht gerne davon. Doch Ihr habt recht, Herr, auch mir ist es, als werden wir uns lange nicht mehr sehen, so will ich Euch denn erzählen. Gabt Ihr nie von dem Arnen Konrad gehört?“

„O ja,“ erwiderte Georg, „das Gerücht davon kam noch weiter als bis zu uns nach Franken; war es nicht ein Aufstand der Bauern? Wollte man nicht sogar dem Herzog ans Leben?“

„Ihr habt ganz recht, der arme Konrad war ein böses Ding. Es lebten nun sieben Jahre sein, da gab es unter uns Bauern viele Männer, die mit der Herrschaft unzufrieden waren; es waren Festjahre gewesen, den Reichern ging das Geld aus, die Armen hatten schon lange keine mehr, und doch sollten wir zahlen ohne Ende, denn der Herzog brauchte gar viel Geld für seinen Hof, wo es alle Tage zugeht wie im Paradies.“

(Fortsetzung folgt.)

Humoristisches.

Wiederholend. Alter Eindecker (mühsam im Sozialistischen unter der Rubrik Stellungsgeheuchelnd): „Mo-nag-arbeiter . . . schau, schau — nur grad an die Montag' läßt' n' mehr arbel'n mda'n — da kann's nacha freit' net besser wer'n!“

Lichtenstein.

Romantische Sage

aus der württembergischen Geschichte

Von Wilhelm Hauff.

Dieser Reiterzug war wohl zweihundert Pferde stark und bewegte sich in Form eines Kettes im Trab vorwärts. Der Ranzler Ambrosius Volland sah bei leichtem Herzen abziehen, denn der Herzog schien ihn ganz vergessen zu haben, und er hielt sich mit sich, wie er ohne Gefahr von seinem hochbeinigen Tier herabkommen sollte. Doch der edle Knecht des Herzogs hatte mit klugen Augen den Reiter nachgesehen; solange sie sich im Trab fortbewegten, stand er still und regungslos, jetzt aber erklangen die Trompeten zum Angriff, man sah das Panier von Württemberg hoch in den Lüften wehen und die tapfere Reiter-schar im Golopp auf den Feind anspringen. Auf diesen Moment schien der Knecht gewartet zu haben; mit der Schnelligkeit eines Vogels strich er jetzt über die Ebene hin, den Reitern nach; dem Ranzler vergingen die Sinne, er hielt sich kampfhast am Sattelknopf, er wollte schreien, aber die Unversichtlichkeit seiner Stimme, in einem Augenblick hatte er den Zug eingeholt, so schnell sie ihre Rasse auslaufen ließen, er überholte sie, und so hatte es der Ranzler in kurzer Zeit bis zum Anführer der Reiter-gebedacht. Der Feind flüchte über die sonderbare Gestalt, die mehr einem geschäftlichen Affen als einem Krieger glich; noch ehe sie sich recht besinnen konnten, war der furchterliche Mann mitten in ihren Reihen, die Württemberg brachen, trotz des erschreckenden Augenblicks, in ein lustiges Gelächter aus, und auch dieses mochte beitragen, die tapferen Truppen von ihm, Gmund, Nalen, Nürberg und noch zehn andern Reichsstädten, welche dieser unerwartete Angriff traf, zu verwirren; sie versuchten vor der ungeheuren Wucht der zweihundert Pferde, und die ganze Schar war im

Rücken des Feindes. Sie setzten eifrig ihren Marsch fort, und ehe noch die bündische Reiterei zum Nachherbeigeraus werden konnte, hatte der Herzog mit wenigen Begleitern sich zur Seite geschlagen; er gewann einen großen Vorprung, denn die Reiterei des Bundes erreichte die bereitete Schar der Bürger erst vor den Toren von Stuttgart, und es fand sich unter ihnen weder der Herzog noch einer seiner wichtigsten Anhänger, außer dem Ranzler Ambrosius Volland, den man halbtot vom Pferde hob. Die bündische Kriegsteile behandelten ihn, nachdem man ihm die gewollte Rührung vom Leib geschält hatte, sehr abel, denn nur seiner furchterlichen, alle Begriffe übersteigenden Tapferkeit schrieben sie es zu, daß ihnen der Herzog und mit ihm eine Belohnung von tausend Goldgulden entgangen war. So geschah es, daß dieser tapfere Ranzler nicht, wie sein Herzog, in der Schlacht, sondern nach der Schlacht gefangen wurde.

Die Nacht, welche diesem entscheidenden Tag folgte, brachten Herzog Ulrich und seine Begleiter in einer engen Schlucht zu, die durch Felsen und Gesträuche einen sicheren Versteck gewährte und noch heute bei dem Landvolk die „Ulrichs-Schlucht“ genannt wird. Es war der Pfleger von Gerd, der ihnen auf ihrer Flucht als ein Reiter in der Not erschienen war und sie in diese Schlucht führte, die nur den Bauern und Hirten der Gegend bekannt war. Der Herzog hatte beschlossen, hier zu rasten, um dann, sobald der Tag graute, seine Flucht nach der Schwäbe fortzusetzen. Wenn wäre ihm hierzu die Nacht günstiger gewesen, denn die Bundes-truppen hatten schon das Land besetzt, und es war wenig Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß er sie durch und ungehindert entkommen werde; aber die Pferde waren von dem heißen Schlachttag ermüdet, und es war unmöglich, den Herzog und seine notwendige Begleitung von neuem britten zu machen, ohne die Nachforschung des Feindes nach diesem Schlachtfeld zu leiten.

Freiwillig
bilden
Das Men
Sonntag in
Hauptve
den letzten
Hed, nach
Herr Major
das diesjäh
und Dispo
sein, wofür
Wien und
überhaupt
hatte folgen
Hed. 1. No
führer Herr
werden auf
Mitglied aus
Züge an.

Die Beant
kommenstell
legt beendet
der Stimm
scher Gesi
gefallen, die
Berlin 74
715 Prozent
gen, in dan
gent und in
Stimmen au
die Redig
Prozent am
In die res
Einkommen
bahnen

Rundqu
der Rundqu
1. Oktober
Bestimmung
verwaltung
Ende ein
tung einer
schriftlich
als rechtz
dritten A
desen Gie
Sie kann die
der Einricht
Aufhebung
Einkommen
schon augen
müßte Ver
Für die
schlußes
Antrag an
als 14 Tage
war. Das
schulden des
unfähig ge
zur Kenntnis
länder als
Pöfalsch
sagt, daß d
für die Re
Gesund
Kleidung
die verm
Arbeitsrod
Arbeitsführ
Fundam
eine Frau
Markt. Ein
von zwei Do

der Einricht
Aufhebung
Einkommen
schon augen
müßte Ver
Für die
schlußes
Antrag an
als 14 Tage
war. Das
schulden des
unfähig ge
zur Kenntnis
länder als
Pöfalsch
sagt, daß d
für die Re
Gesund
Kleidung
die verm
Arbeitsrod
Arbeitsführ
Fundam
eine Frau
Markt. Ein
von zwei Do

der Einricht
Aufhebung
Einkommen
schon augen
müßte Ver
Für die
schlußes
Antrag an
als 14 Tage
war. Das
schulden des
unfähig ge
zur Kenntnis
länder als
Pöfalsch
sagt, daß d
für die Re
Gesund
Kleidung
die verm
Arbeitsrod
Arbeitsführ
Fundam
eine Frau
Markt. Ein
von zwei Do

der Einricht
Aufhebung
Einkommen
schon augen
müßte Ver
Für die
schlußes
Antrag an
als 14 Tage
war. Das
schulden des
unfähig ge
zur Kenntnis
länder als
Pöfalsch
sagt, daß d
für die Re
Gesund
Kleidung
die verm
Arbeitsrod
Arbeitsführ
Fundam
eine Frau
Markt. Ein
von zwei Do

der Einricht
Aufhebung
Einkommen
schon augen
müßte Ver
Für die
schlußes
Antrag an
als 14 Tage
war. Das
schulden des
unfähig ge
zur Kenntnis
länder als
Pöfalsch
sagt, daß d
für die Re
Gesund
Kleidung
die verm
Arbeitsrod
Arbeitsführ
Fundam
eine Frau
Markt. Ein
von zwei Do

folgendes ange
Erhaltung

Es ist unter
der Gemein
a) Gebäude
b) Räume, d
c) gewisse be
d) Wärdien, i
e) fällen, i
f) wend; und
g) mehrere
h) Wohnraum
i) das Bestim
dos „Arbeits
einverleiden

Der Besch
a) binnen 3
amt) Anze
oder Abze
Geschäft
auch ind
b) auf Verla
Größe der
der Verlon
c) den Ream
föhrde über
berem Ver
Westküstun
Als unben
wenn fe voll
wahrung von
beredigten et
Garte zugem

Der Besch
a) binnen 3
amt) Anze
oder Abze
Geschäft
auch ind
b) auf Verla
Größe der
der Verlon
c) den Ream
föhrde über
berem Ver
Westküstun
Als unben
wenn fe voll
wahrung von
beredigten et
Garte zugem

Zur Unter
kann die Geme

